

TA 29.08.2015

Anzeichen für Hetze gegen Flüchtlingsunterkunft

NPD wollte gegen die Nutzung des Baumarktes mobilisieren. Anonymer Brief in Büßleben. OB verspricht Information

VON HOLGER WETZEL

Erfurt. Einwohner im Erfurter Osten fordern mehr Informationen zur geplanten Flüchtlingsunterkunft im früheren Baumarkt an der Weimarischen Straße. Zugleich gibt es Anzeichen dafür, dass radikale Rechte die Sorgen der Anwohner ausnutzen wollen, um sie für ihre politische Hetze zu gewinnen.

In Linderbach versuchten ortsfremde Mitglieder der Erfurter NPD, über ein Netzwerk für Smartphones eine Protestbewegung zu starten. Als die Nazi-Identität der Initiatoren offenbar wurde, distanzierten sich die meisten Interessenten von der vermeintlichen Bürgerinitiative.

In Büßleben kursiert ein anonymer Rundbrief, der zu Unterschriften und zum aktiven Protest gegen die Flüchtlingsunterkunft aufruft. In dem Brief werden Fakten mit Halbwahrheiten und wüsten Spekulationen vermischt. Die Autoren bemühen konstruierte Schreckgespenste wie angeblich steigende Mieten oder die Konkurrenz um Kita-Plätze, um die Bürger für ihre Haltung zu vereinnahmen.

Die Büßlebener Ortsteilbür-

kuum, das den anonymen Brief erst ermöglichen. Auch Ortsteilräte anderer Ortschaften, etwa in Vieselbach oder Linderbach, vermissen eine frühzeitigere Einbeziehung in die Planungen.

Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) sieht diesen Vorwurf allerdings als unbegründet an. „Wir sagen, wo die Reise hingeht und laden die Leute ein“, sagte er am Freitag. Wie zu jeder Flüchtlingsunterkunft werde auch zum alten Baumarkt eine Bürgerversammlung stattfinden.

**OB: Hetze ist der
absolut falsche Weg**

Die Verwaltung habe die Öffentlichkeit informiert, sobald der Baumarkt als Standort feststand. Dies sei aber erst vor einigen Tagen der Fall gewesen.

„Wir sind selber pausenlos von den immer neuen Flüchtlingszahlen überrascht“, sagte Bausewein und mahnte erneut an, dass „höhere politische Ebenen Grundsatzentscheidungen treffen“, um die Lage zu entspannen. Die Aufnahme der Flücht-



Der seit Monaten leerstehende Baumarkt in Linderbach soll zur Notunterkunft für Flüchtlinge umgebaut werden. Nazis versuchen, die Anwohner aufzuhetzen. Foto: Su. Fromm

germeisterin Kathrin Hörr kritisierte am Freitag den Brief. „Er ist anonym verfasst, das spricht für sich“, sagte sie.

Der Inhalt widerspreche zudem ihrem eigenen Eindruck vom Stimmungsbild im Ort. Bei der Ortsteilratssitzung in dieser Woche hätten Bürger zwar mehr Informationen zu der geplanten Unterkunft gefordert, zugleich aber auch Hilfe für die Flüchtlinge angeboten.

Hörr setzt sich für einen „Schulterschluss der Vernünftigen“ ein, sieht aber auch ein Informationsdefizit durch die Stadt. Sie forderte die Stadtspitze erneut auf, schnellstmöglich eine Bürgerversammlung zu der Flüchtlingsunterkunft zu organisieren. Der gefühlte Mangel an Informationen erzeuge ein Va-

linge sei jedoch eine „gesamgesellschaftliche Aufgabe, die wir leisten müssen.“

Auch der Oberbürgermeister äußerte sich zu dem anonymen Brief. „Wenn derartig Klischees bedient werden und dies auch noch anonym geschieht, muss ich das kritisieren“, sagte er. Das Schreiben sei zwar „wohl formuliert“, doch würden dort Zusammenhänge hergestellt, wo es keine gebe und Klischees benutzt, die in weiten Teilen nicht der Realität entsprächen.

Bei Besuchen in Flüchtlingsunterkünften seien ihm Schicksale begegnet, „die mir die Tränen in die Augen treiben“, sagte Bausewein. „Hetze gegen Menschen, die zu Hause um Leib und Leben fürchten müssen, ist absolut der falsche Weg.“

KOMMENTAR

Der Draht zu den Ortsteilen



HOLGER WETZEL über die Kritik aus dem Erfurter Osten

Es ist ein altes Problem, das mit den hohen Flüchtlingszahlen an Brisanz gewinnt: Die Stadtverwaltung, aber auch Teile des Stadtrates, haben insbesondere die ländlichen Ortsteile nicht

deutlich genug im Blick. Anträge werden scheinbar aus Prinzip abgelehnt, Anfragen viel zu oft ignoriert, erbetene Rückrufe nicht getätigt. Informationen, die Ortsteile betreffen, erfahren diese oft zuletzt.

So ist es kein Wunder, dass auch bei der geplanten Flüchtlings-Notunterkunft in Linderbach in den Ortsteilen das Gefühl um sich greift, dass die Stadt über die Köpfe der Bewohner hinweg entscheidet. In diesem Fall erfolgte zwar die Information der Öffentlichkeit, sobald der Standort feststand.

Ausführliche Informationen werden zweifellos folgen. Doch wäre allen mehr geholfen, wenn die gewählten Vertreter der Ortsteile und über sie die Bürger intensiver eingespannt würden. Dazu bedarf es einen im Alltag bewährten Draht, der seit Jahren angeknackst scheint.

Der Oberbürgermeister hat sich viele Freunde gemacht, indem er gegen die Sonntagsreden der hohen Tiere in Berlin polemisierte. Wenn er bei den Ortsteilbewohnern nicht selbst als hohes Tier dastehen will, muss er zu ihnen gehen.